

SoWi muss bleiben!

Über die Notwendigkeit soziologischer Gesellschaftsanalyse für die Politikdidaktik // **Sascha Regier ist Mitglied der Kölner GEW und Lehrer für Sozialwissenschaften am Heinrich-Mann-Gymnasium in Köln-Chorweiler**

Geht es im Globalisierungsdiskurs um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit wird das rohstoffarme Land inflationär als Bildungs- oder gar Wissensgesellschaft bezeichnet. Ob dies gerechtfertigt ist, soll an dieser Stelle jedoch nicht weiter verfolgt, sondern danach gefragt werden, wie es aktuell um die gymnasiale politische Bildung in NRW aussieht. Gerade in den gegenwärtigen Krisenzeiten zeigt sich verstärkt, dass eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist. Ihre grundlegenden Werte müssen immer wieder auf Neue verinnerlicht, potenzielle Bedrohungen dieser erkannt und zurückgedrängt werden.

Neben einer kritischen Öffentlichkeit (Medien, Kultur etc.) dient hierzu vor allem die politische Bildung. Sie ist in der Landesverfassung NRW explizit als Bildungsauftrag verankert, was vor allem durch die Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur bedingt ist. Gegenwärtig erleben wir erneut eine Erosion der Zustimmungswerte zur Demokratie sowie wachsenden rechten Populismus und Extremismus in der Mitte der Gesellschaft.

Dagegen muss politische Bildung ankämpfen und sich verstärkt auf ihr Ziel der Ausbildung kritischen Demokratiebewusstseins, nicht Wirtschaftskompetenz konzentrieren! Schulische politische Bildung, im Folgenden als Politikdidaktik bezeichnet, soll Schüler*innen dazu befähigen und darin unterstützen, die eigenen Lebensbedingungen, gesellschaftlichen Verhältnisse und ökonomischen Strukturen zu begreifen und aktiv, im demokratischen und möglichst selbstbestimmten Sinne zu gestalten. Dies schließt nicht nur die Bewahrung der bestehenden Demokratie, sondern auch die potenzielle Demokratisierung weiterer Bereiche der Gesellschaft ein.

Krisen als didaktischer Lerngegenstand der politischen Bildung

Entgegen der hoffnungsvollen Versprechungen eines „Endes der Geschichte“ (F. Fukuyama)

und dem Einrichten im Zeitalter der Demokratie nach dem Ende des real existierenden Sozialismus 1989/90 haben sich diese Erwartungen als Illusion erwiesen. Die großen Erzählungen des gesellschaftlichen und politischen Fortschritts sind durch die Verwerfungen des real existierenden Kapitalismus zum Verstummen gekommen. Gegenwärtige Gesellschaften sind eher durch strukturelle Vielfachkrisen, Krisen in Permanenz, gekennzeichnet. Dies dürfte durch die Corona-Pandemie auch im globalen Norden nun nahezu jedem klar sein, der in den letzten beiden Jahrzehnten nicht bereits sensibilisiert wurde durch Krisen wie den 11. September, Hartz IV, zunehmende soziale Ungleichheit, Finanz- und Eurokrise, ökologische Krise, erstarkenden Rechtsextremismus etc.

Es zeigt sich bereits seit einiger Zeit, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist bedroht. Dagegen richtet sich zunehmendes politisches Engagement vor allem bei jüngeren Bürger*innen im Sinne von Klimaprotesten, Demonstrationen gegen Rechtsextremismus, Geflüchteteninitiativen etc. In der Politikdidaktik sieht es diesbezüglich hingegen erstaunlich ruhig aus. Gegenwärtige Krisenerscheinungen, die in den Sozialwissenschaften Hochkonjunktur haben, werden kaum rezipiert. Dies ist fatal! Politikdidaktik zieht sich eher auf Methodenfetischismus und Kompetenzstandards zurück. Aber eine dynamische Welt in Umbrüchen lässt sich nicht in Standards pressen.

Gerade in Krisenzeiten muss die politische Bildung ihren Zeitkontext zur Kenntnis nehmen und auf ihre Ziele und Inhalte hin neu überdenken, sonst geht ihr der Gegenstand verloren, wird selbst Teil des Krisenphänomens. Politische Bildung im Allgemeinen und Politikdidaktik im Konkreten muss Menschen zur Teilnahme an politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen befähigen. Hier setzt die Soziologie als eine der drei Bezugsdisziplinen des Schulfaches Sozialwissenschaften (Soziologie, Wirtschaft, Politik) an. Sie ist für die Thematisierung der gesellschaftlichen Krisen zentral, denn Soziologie ist ihrer Entstehungsgeschichte im

19. Jahrhundert und ihrem Selbstverständnis nach Krisenwissenschaft, die auf die Verwerfungen und Umbrüche kapitalistischer Modernisierung antwortete.

Marginalisierung der Soziologie in der Lehrer*innenausbildung

Trotz dieser wichtigen Aufgabe der Soziologie lässt sich jedoch jahrgangs- und bundeslandübergreifend feststellen, dass sie in den Curricula der sozialwissenschaftlichen Verbundfächer in der letzten Zeit weitgehend marginalisiert wurde. Formal wird in den Kernlehrplänen noch am Ansatz einer integrativen sozialwissenschaftlichen Bildung festgehalten, die genuin soziologische, als gesellschaftliche Perspektive wird dennoch verdrängt und lediglich auf Aspekte wie Rollentheorie, Wandel der Familie, soziale Ungleichheit (bei völliger Ausklammerung von Aspekten wie Intersektionalität) und Wandel der Arbeit reduziert. Dass es bei der Soziologie eigentlich um Phänomene wie gesellschaftliche Macht, Ungleichheit und Desintegrationsprozesse geht, wird von der gängigen Politikdidaktik nicht vermittelt.

Hatte Soziologie durch den Einfluss der Kritischen Theorie noch in den 1970er Jahren eine zentrale Bedeutung, wird sie gegenwärtig durch die herrschende Konkurrenz der Teildisziplinen Ökonomie und Politik verdrängt und lediglich auf eine Zulieferfunktion für diese zurückgestutzt. Es nehmen vor allem Wirtschaftslobbygruppen vermehrt Einfluss auf die Inhalte der Politikdidaktik. Hier zeigt sich die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und die Dominanz neoliberaler Gesellschaftsgestaltung. Die Soziologie wird aber auch von Seiten der einflussreichsten Politikdidaktiker (P. Massing, G. Weißeno) bedroht, die gebetsmühlenartig betonen, dass die Politikwissenschaft innerhalb der Politikdidaktik die Leitdisziplin sei und seien müsste, die „eine gedankliche und begriffliche Ordnung in die Welt des Politischen bringt.“ (Weißeno)

Hier zeigt sich bereits das zentrale Manko der Mainstream-Politikdidaktik, die



<https://www.change.org/p/das-fach-sozialwissenschaften-darf-nicht-abgeschafft-werden-sowibleibt>



jede*r Lehramtsanwärter*in nahezu alternativlos präsentiert bekommt: Sie hat einen verkürzten Politikbegriff, der auf Politik im Sinne der staatlichen Institutionen beschränkt ist und auf die Konservierung, nicht die Demokratisierung gesellschaftlicher Ordnung abzielt. Just to remember: Die Politikwissenschaft wurde eigentlich im Zuge der Re-Education und Entnazifizierungsversuche der Alliierten durch die USA in Deutschland als Demokratiewissenschaft etabliert. Befremdlicherweise lässt die gegenwärtige Politikdidaktik eher an die alten konservativen Staatswissenschaften und die Staatsbürgerkunde des Kaiserreichs erinnern, statt als kritische Demokratiebildung zu fungieren und damit Anteil an Demokratisierung zu nehmen!

Gegenwärtige Entpolitisierung der politischen Bildung

Wegen ihrer Reduzierung auf Bildungsstandards und Kompetenzmodelle zeichnet sich die schulische politische Bildung durch eine zunehmende Entpolitisierung aus. Wir haben es mit einer paradoxen Situation zu tun: Die schulische politische Bildung verliert ihren Gegenstand, das Politische! Kompetenzorientierung wird aber didaktisch substanzlos, wenn politisches Wissen und Fähigkeiten nicht auf die politische Gestaltung gesellschaftlicher Gegenwarts- und Zukunftsfragen bezogen werden. Denn durch die Fokussierung auf individuelles Verhalten treten gesellschaftliche Strukturen in den

Sozialwissenschaften?

Hintergrund und sie analysiert nicht, welche Kräfte Demokratisierung befördern oder dieser entgegenwirken.

Politische Konflikte werden somit eher verdeckt. Soziologisch inspirierte Machtanalyse wird von den Diskurs der Politikdidaktik dominierenden Autor*innen fatalerweise als „unzulässige politische Positionierung“ delegitimiert (W. Sander). Politikdidaktik kreist sich dann aber um sich selbst und rühmt sich ihrer „Verwissenschaftlichung“ („Von der Ideologie zur Wissenschaft“, W. Sander). Diese Selbstbezüglichkeit führt zu einem Abkoppeln von den Diskursen ihrer sozialwissenschaftlichen Bezugswissenschaften. Inhalte und Gesellschaftstheorien treten dabei in den Hintergrund – Methoden, Kompetenzen und Bildungsstandards stehen im Zentrum. Hiervon muss sich die Politikdidaktik jedoch emanzipieren und über Grundsätze und didaktische Prinzipien wieder kontroverse Auseinandersetzungen führen.

Auch wenn ein scheinbarer Konsens darin zu bestehen scheint, dass Mündigkeit und Demokratiefähigkeit zentrale Ziele der Politikdidaktik darstellen, gehen die Ansichten je nach politischer Ausrichtung auseinander, wie weit diese Ziele reichen sollen. Hier zeigt sich auch, dass politische Bildung oder Wissenschaft nicht per se kritisch ist, wie dies Wolfgang Sander konstatiert, sondern immer verortet ist und war im Spannungsfeld von Affirmation und Kritik der politischen Ordnung und der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Es muss

deutlich gesagt werden: „Politische Bildung ist ein Kampfplatz“ (G. Mambour).

Verdrängung der Soziologie zugunsten der ökonomischen Bildung

Der gegenwärtig wirkmächtigste Angriff auf die Soziologie in der Politikdidaktik ist jedoch politischer Natur und besteht darin, dass das FDP geführte Schulministerium NRW als Zugeständnis an die Wirtschaftsverbände das Lehramtsstudienfach Sozialwissenschaften und damit auch das Fach Sozialwissenschaften für die gymnasiale Oberstufe endgültig beseitigen und durch das Fach Wirtschaft-Politik ersetzen will. Die Wirtschaftsverbände fordern bereits seit langem ein eigenständiges Fach Wirtschaft, das sich der lästigen soziologischen und politischen Perspektive entledigt, wo es immer kritisch um Macht und Ungleichheit geht.

Das Schulministerium hat bereits ab dem Schuljahr 2019/20 das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft, das bis 2007 noch Politik hieß, an Gymnasien in der Sekundarstufe I in Wirtschaft-Politik (man beachte die Reihenfolge und die damit einhergehende inhaltliche Verschiebung und Gewichtung!) umbenannt. Diese Entscheidungen folgen machtpolitischen Interessen und nicht den gesellschaftlichen Lern- und Orientierungsbedürfnissen der Jugendlichen!

Laut Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) habe es „eine derart



Durch die Abschaffung des Integrationsfaches Sozialwissenschaften wird die sozioökonomische Bildung an den Schulen in NRW durch reine neoklassische Wirtschaftstheorie ersetzt, die jegliche Fragen über Macht, Ungerechtigkeit und Krisen in der Wirtschaft ausklammert.

parteiliche Färbung der Lehrpläne [...] unter keinem*r Bildungsminister*in gegeben.“ Durch die Abschaffung des Integrationsfaches Sozialwissenschaften wird die sozioökonomische Bildung an den Schulen in NRW durch reine neoklassische Wirtschaftstheorie ersetzt, die jegliche Fragen über Macht, Ungerechtigkeit und Krisen in der Wirtschaft ausklammert.

Zusätzlich will die Landesregierung NRW auch die Qualifizierung von Lehrkräften für Wirtschaft-Politik allen Ernstes durch Fortbildungsangebote der Deutschen Bank, Versicherungen, unternehmensnahen Stiftungen und dem Bundesverband deutscher Arbeitgeberverbände und dessen Netzwerk Schule-Wirtschaft durchführen lassen. Eine solche fatale Entscheidung wird zur weiteren Politikverdrossenheit und Verzweiflung an der „marktkonformen Demokratie“ (A. Merkel) führen, spiegelt sich doch hierin das, was Jacques Rancière und Colin Crouch als Postdemokratie bezeichnet haben, nämlich eine politische Realität, in der die Wirtschaft die Entscheidungsmacht hat und die Politik zu einem nachrangig ausführenden Organ degradiert wird.

Das Vertrauen von Jugendlichen, durch politisches Engagement etwas bewirken zu können, wird weiter beschädigt. Damit geht

die Politikdidaktik den Weg der schulischen Bildung im Allgemeinen und macht sich zur Gehilfin der Verbetriebswirtschaftlichung der Gesellschaft. Denn die Inhalte der Bildung sind keiner Idee von Bildung mehr verhaftet und reagieren lediglich passiv auf die wechselnden Anforderungen der Märkte.

Doch wahre Bildung kann nicht Ware Bildung sein! Oder um noch eine abgedroschene, aber richtige Phrase zu verwenden: Bildung wird somit zur Ausbildung (für die globalen Arbeitsmärkte). Davon zeugen die von der OECD lancierten Begriffe wie „Modularisierung“, „Qualitätsanalyse“ oder „Standardisierung“, was nicht überraschenderweise an den tayloristischen Produktionsprozess der Fließbandarbeit um die Jahrhundertwende denken lässt.

Über die Notwendigkeit der Soziologie für die politische Bildung

Soziologie gibt der Gesellschaft ein Bewusstsein ihrer selbst. Meine erste These besteht nun darin, dass die Soziologie als Bezugsdisziplin auf keinen Fall innerhalb der drei Integrationswissenschaften Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Soziologie marginalisiert werden darf, sondern in der politischen Bildung gestärkt werden

muss, um gegen die Gefährdung der Demokratie anzugehen.

Denn Soziologie hat „als einzige der sozialwissenschaftlichen Disziplinen den Bezug zu Problemen der Gesamtgesellschaft beibehalten“ (J. Habermas) Sie ist als Beobachtungs- und Reflexionswissenschaft für die Analyse der Eingebundenheit der Subjekte in gesellschaftliche Prozesse und die Entwicklung und Transformation von Herrschafts- und Machtverhältnissen, die die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit durchziehen, geradezu prädestiniert.

Die gegenwärtige Gefährdung der Demokratie muss durch die soziologische Brille analysiert werden und kann nicht im politikwissenschaftlichen Sinne auf einen engen Politikbegriff (politischen Institutionen) beschränkt bleiben. Diskurse über die Gefährdung der Demokratie haben in den Sozialwissenschaften Hochkonjunktur (Abbau der Demokratie durch eine neoliberale Gesellschaftstransformation, durch die Transformation zum autoritären Staat, durch den Einfluss der Wirtschaft, durch erstarkenden Rechtsextremismus etc.)

Die zweite hier vertretene These besteht darin, dass zum Einen in der Politikdidaktik und zum Anderen in den Lehrplänen das gegenwärtig zentrale Thema „Rechtsextremis-

mus“ nicht in seiner Dringlichkeit inhaltlich vorgesehen ist. Es mutet schon kurios an, wenn nach jedem rechtsextremen Anschlag Politiker*innen nach der politischen Bildung als „Feuerwehr“ rufen und durch die Medien verkündet, wie wichtig diese sei, um gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus vorzugehen, diese aber die ganzen letzten Jahre faktisch und politisch initiiert in der Schule abgebaut und/oder durch die Imperative der Wirtschaft verdrängt wurde.

Die Ergebnisse der Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen seit 2006 kontinuierlich, dass die politische und gesellschaftliche „Mitte“ nicht der Schutzraum der Demokratie ist, die von den Rändern links und rechts bedroht wird, sondern dass aus ihr ein großes antidemokratisches Potenzial erwächst. Doch diese Erkenntnis oder Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, scheint noch nicht in den verantwortlichen Ministerien und bei den Politikdidaktiker*innen angekommen zu sein, ganz zu schweigen davon, dass der Begriff des Rassismus dort gänzlich vermieden wird.

(Zur Erinnerung: Der oft, auch im Kernlehrplan 2007 verwendete Begriff der Fremdenfeindlichkeit nimmt die Perspektive der Täter*innen ein, denn die von Rassismus Be-

troffenen werden als Fremde gesehen, auch wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen und/oder Deutsche sind!) In den Lehrplänen und schulischen Politikbüchern wird bspw. unter dem Thema Politischer Extremismus in Deutschland explizit auf das äußerst umstrittene Extremismus-Modell Bezug genommen.

Dabei werden linke und rechte politische Bewegungen als „Verfassungsfeinde“ einer vermeintlich demokratischen „Mitte“ gegenüber- und damit implizit gleichgestellt, ohne eine wirkliche inhaltliche Differenzierung vorzunehmen. Rechtsextremismus ist weiterhin kein eigenständiges Thema und kann lediglich unter dem Inhaltsfeld „Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“ behandelt werden. Auch im Lehrplan von 2019 werden Rechts- und Linksextremismus wieder zusammen genannt. Damit treten aus der Perspektive einer soziologisch inspirierten politischen Bildung erhebliche Probleme auf: Erstens wird suggeriert, Demokratie werde lediglich von den „Extremen“ auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums bekämpft.

Nicht beachtet und dargestellt wird die Verbreitung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer) in der politischen sowie sozialstrukturellen Mitte der Gesell-

schaft. Ein Ansatz, der gesellschaftliche Bedrohungen nur anhand der formalen Abweichung von einer gedachten verfassungstreuen Mitte zu erfassen versucht, hat jedoch der gesellschaftlichen Wirklichkeit von u. a. Rassismus und Antisemitismus wenig entgegenzusetzen.

Er verfügt über keine Ursachenanalyse derartiger Phänomene und bietet keinerlei pädagogische Handlungsmöglichkeiten. Angesichts der Gefährdungen für die Demokratie, die sich aus dem Erstarken des Rechtsextremismus zunehmend abzeichnen, ist es nicht vertretbar, dass für die Aufklärung über Rechtsextremismus und Antisemitismus kein verpflichtendes eigenes Inhaltsfeld vorgesehen ist. Stattdessen sollen sich die Schüler*innen intensiv mit betriebswirtschaftlichen Fragen wie z.B. „Beschaffung, Produktion und Absatz im betrieblichen Handeln“ auseinandersetzen. Es zeigt sich: Machtinteressen obsiegen gegenüber demokratischer Dringlichkeit.